Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Fdbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 447. Halle, Mittwoch, den 24. September. 1919.

Auslieferung des Grafen Berchthold?

Basel, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Clemenceaus „Homme Libre" und der „Temps" melden übereinstimmend, daß die Auslieferung des Grafen Berchthold auf Grund der Wiener Veröffentlichungen von den Alliierten verlangt werden wird. Andere Blätter lassen sich aus Paris melden, daß der Rat der Alliierten am kommenden Dienstag zu den Wiener Enthüllungen Stellung nehmen wird. Voraussichtlich werden die Alliierten die Auslieferung der Geheimdokumente aus den Wiener und Berliner Archiven von Oesterreich und Deutschland verlangen. Die „Morning Post" schreibt, die Wiener Veröffentlichungen sind für die Alliierten von unschätzbarem Werte und kämen einem zweiten gewonnenen Feldzuge gleich.

Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Amerika.

WTB. Berlin, 23. Sept. Die amerikanische Regierung hat die sofortige Heimschaffung aller in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen befohlen. Die Beförderung findet am 25. September auf dem amerikanischen Transportdampfer „Pocahontas" statt, der von New York nach Rotterdam fährt.

Neue Gefahren für unsere Wirtschaftslage

Der Streik der Seeleute.

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Der Streik der Seeleute hat nach den an der hiesigen Zentralstelle eingetroffenen Meldungen im Laufe des heutigen Tages an Ausdehnung zugenommen. Die ausständigen Hafenarbeiter in Bremen und Hamburg haben sich den Hafenarbeitern in Emden angeschlossen. Demzufolge ist im Ausladen der Lebensmittelschiffe ein voller Stillstand eingetreten. Dadurch ist erneute ernste Gefahr für unsere Wirtschaftslage und unsere Ernährung entstanden. Ueber irgend welche Ausschreitungen liegen noch keine Nachrichten vor. Wo die treibenden Kräfte des Hafenarbeiterstreiks zu suchen sind, steht noch nicht fest, doch nimmt man in maßgebenden Kreisen an, daß hinter der Ausstandsbewegung radikale Drahtzieher stehen.

WTB. Bremen, 23. Sept. Wie WTB. aus Bremerhaven mitgeteilt wird, erstreckt sich der Streik der Bremer Hafenarbeiter im Unterweserhafen bislang nur auf die Fischdampferbesatzungen. Der Transportarbeiterverband teilt mit, daß die Hafenarbeiter in einer Versammlung beschlossen haben, sich nicht an dem Streik zu beteiligen, und daß einem Beschluß zufolge weiter gearbeitet wird.

Auch die Stettiner Seeleute streiken.

WTB. Stettin, 23. Sept. Die Seeleute sind aus Sympathie für die Hamburger und Bremer Seeleute in den Streik getreten.

Landarbeiterstreik.

WTB. Berlin, 23. Sept. Laut „Vorwärts" ist in der Thorner Weichselniederung ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, dan in dem neu aufgestellten Lohntarif den freien Arbeitern, das heißt den Arbeitern, die nur zeitweise beim Besitzer beschäftigt sind, die geforderten hohen Lohnsätze nicht bewilligt wurden, legten die Arbeiter in zehn Niederungsdörfern die Arbeit nieder.

Nach dem „Vorwärts" weigert sich die Warschauer polnische Regierung, ländliche Saisonarbeiter nach Westpreußen abzugeben, weil sie befürchtet, daß Westpreußens Ernteerträgnisse nach Deutschland ausgeführt werden. Das Ansiedelungsamt in Posen und die polnische Ansiedelungskommission warnen durch öffentliche Aufrufe in polnischen Zeitungen, Besitzungen an fremde, das heißt deutsche, Hände zu veräußern.

Streik im Moselgebiet.

WTB. Paris, 23. Sept. Havas. Im Erzbecken des Moselgebietes ist ein Streik ausgebrochen, insbesondere in Ste-Marie-aux-Chenes, Roncourt, Pierre-Lierre. Es sind Einigungsverhandlungen im Gange.

Streik der englischen Eisengießer.

WTB. Amsterdam, 23. Sept. (Drahtnachricht.) „Telegraaf" meldet aus London, daß zugleich mit den amerikanischen Metallarbeitern auch die englischen Eisengießer in den Ausstand getreten sind. Es haben bis jetzt 50 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, und es wird befürchtet, daß der Streik auch auf die Maschinen- und Schiffbauindustrie im Hauptmittelpunkt übergreifen wird. Sämtliche Arbeiter in den Eisengießereien des Arsenals von Woowich haben die Arbeit niedergelegt.

Vom amerikanischen Metallarbeiterstreik.

WTB. London, 23. Sept. Reuter. Die Vertreter der zum Arbeiterverbande gehörenden 35 000 Angestellten der Bethlehem Steel Corporation haben beschlossen, sich vorläufig nicht am Streik zu beteiligen und zuerst das Ergebnis der am Donnerstag stattfinden Beratung mit den Leitern der Gesellschaft abzuwarten.

WTB. Amsterdam, 23. Sept. (Drahtnachricht.) Den englischen Blättern zufolge erklären die Führer der amerikanischen Streikorganisationen, daß der Streik der Metallarbeiter der größte sein werde, den Amerika je erlebte. Im Gegensatz hierzu meldet die „Times" aus New York, daß im Bezirk von Pittsburg schätzungsweise nur 25 Prozent der Arbeiter streiken. Wie die „Times" weiterhin meldet, besteht guter Grund zur Annahme, daß die Führer nicht die große Masse der englischsprechenden Arbeiter hinter sich haben.

Die Lage in Braunschweig.

WTB. Braunschweig, 23. Sept. Ueber die Lage in Braunschweig wird dem WTB. mitgeteilt: Nach ausmärtigen Pressestimmen soll in Braunschweig eine vollständige spartakistische Herrschaft bestehen. Es ist leider nicht festzustellen, wer derartige Alarmnachrichten, die nur den Zweck verfolgen können, den Freistaat Braunschweig in Mißkredit zu bringen, oder die spartakistischen Bestrebungen in anderen Staaten zu fördern, in Umlauf setzt. So soll es bereits zu großen Straßenkämpfen, Plünderungen, fortwährenden Straßendemonstrationen gekommen sein. Ferner wird die Nachricht verbreitet, sämtliche staatlichen Gebäude seien militärisch besetzt. Alle diese Dinge treffen nicht zu. Außer einer Zusammenrottung vor dem Hauptbahnhof, die durch eine kleine Abteilung Militär ohne Blutvergießen zerstreut wurde, und außer einem Angriff auf einen Posten ist nichts vorgekommen. Nur das Gebäude des „Volksfreundes" wird militärisch geschützt, da seine rechtmäßigen Besitzer es wieder in Besitz genommen haben. Im übrigen herrscht vollständige Ruhe. Eisenbahn und Straßenbahn verkehren wie sonst. Alle Läden sind offen. Das Handels- und Verkehrswesen wickelt sich wie gewohnt ab. Die Regierung hat verschärfte Maßnahmen nicht getroffen.

Nachforschungen nach den von den Polen verschleppten Deutschen.

WTB. Berlin, 23. September. (Drahtnachricht.) Der Offizier der Berliner italienischen Militärmission, der am 14. September zur Ermittlung der aus Oberschlesien von den Polen verschleppten und bisher vermißten Deutschen an Ort und Stelle gereist ist, hat nach vielen Bemühungen die Mehrzahl der Vermißten — darunter den Bergassessor v. Ehrenstein — ausfindig gemacht. Die notwendigen Schritte zur Heimkehr der Betreffenden sind eingeleitet worden. Wegen der wenigen noch übrigen Vermißten werden die Nachforschungen fortgesetzt. — Die deutsche Regierung hat der italienischen Militärmission und besonders dem mit den Ermittelungen betrauten Offizier ihren Dank ausgesprochen.

Ebert über Deutsch-Oesterreichs Kohlenversorgung.

WTB. Wien, 23. Sept. Kort.-Büro. Ueber ein Gespräch, das der österreichische Geschäftsträger in Berlin, Hartmann, mit Reichspräsident Ebert in der Kohlenfrage führte, sind in die Presse Einzelheiten gelangt, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten. Hartmann hat am Sonnabend mit Ebert wegen einer einmaligen Aushilfe über die vertragsmäßige Lieferung hinaus gesprochen. Präsident Ebert erklärte sich bereit, mit den zuständigen Stellen zu sprechen und das Mögliche zu veranlassen. Eine bindende Zusage konnte, den Umständen entsprechend, nicht gemacht werden. Die Zusage Eberts bürgt aber dafür, daß, sofern es die Schwierigkeiten, in denen sich die Kohlenversorgung Deutschland selbst im Augenblick befindet, nur einigermaßen gestatten, dem deutschösterreichischen Volke Hilfe von dem nördlichen Nachbarn geboten werden wird.

Die Vorarlberger Frage.

WTB. Bern, 23. Sept. In der heutigen Sitzung des Nationalrates führte Bundesrat Calonder zur Vorarlbergischen Frage aus, daß die Voraussetzungen für ein Eingehen auf diese Frage durch den Bundesrat, nämlich Anerkennung des Selbstbestimmungrechts der Vorarlberger durch Oesterreich und dessen Anerkennung durch die Pariser Konferenz, bis heute nicht erfüllt seien. Der Bundesrat habe also keinen Anlaß, sich jetzt schon mit dem Problem zu beschäftigen.

Verschmelzung von Skoda und Schneider-Creuzot!

WTB. Wien, 23. Sept. Den Blättern zufolge haben die Verhandlungen zwischen den Skodawerken und der Firma Schneider-Creuzot zum Abschluß geführt. Die letztere hat etwa 40 000 Skodaaktien erworben und eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung erhalten.

Ein Steuerhinterziehungsprozeß.

WTB. Leipzig, 23. Sept. Ein aufsehenerregender Steuerhinterziehungsprozeß beschäftigte heute das Reichsgericht. Vom Landgericht Elberfeld war am 15. Aug. 1918 der Generaldirektor Anton Adels in Remscheid wegen Hinterziehung der Einkommensteuer und Verschleppung eines Teiles seines Vermögens nach dem Auslande zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einer Geldstrafe von zusammen 1 552 000 Mark verurteilt worden. Auf die Revision des Angeklagten sowohl als der Nebenklägerin, der Regierung in Düsseldorf, hob das Reichsgericht heute das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Elberfeld zurück.

Deutschnationale „Irrtümer".

Die Deutschnationale Volkspartei scheint sich wieder einmal auf den Standpunkt zu stellen, daß sie auf keinen Fall hinter den Unabhängigen zurückstehen darf, wenn es gilt, das deutsche Volk zu verhetzen. Sie sieht sich nämlich veranlaßt, einen jener erbärmlichen Plakatsäulenjelzüge erneut zu eröffnen, in denen sie sich scheinbar Meister fühlt. Dieser Ruhm soll ihr unbestritten bleiben. Man kann also jetzt an den Plakatsäulen einen Aufruf dieser Partei lesen, der haarscharf auf der Grenze steht zwischen Dummheit oder einer Kampfesweise, für die ich mich vergebens bemüht habe, einen parlamentarischen Ausdruck zu finden. Vielleicht hätte ich ihn gefunden, wenn ich bei der Deutschnationalen Volkspartei, die derartig leichtfertige Aufrufe erläßt, in die Lehre gegangen wäre. Der Aufruf erklärt ungefähr kurz und bündig: Die demokratisch-jüdische Presse und ihre Anhänger haben jahrelang aus Rücksicht auf Amerika unsere Kriegführung behindert und uns so um den Sieg gebracht. Jetzt erklären Wilson und Lansing, daß Amerikas Kriegswille von Anfang an festgestanden hätte. Nationale Deutsche haben es erkannt und vertreten, nur die international gesinnten Demokraten nicht. Wendet Euch deshalb ab von der deutschen Demokratie und bekämpft sie. Auf Grund dieses einigermaßen geschmacklosen Aufrufes möchte ich mich zu meiner Orientierung bei der deutschnationalen Volkspartei befragen. Zu jenen nationalen Deutschen, die von vorneherein den festen Kriegswillen Amerikas erkannten, hat doch sicherlich der jetzige Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Minister a. D. Hergt, gehört? Wie stellt sich denn die Partei zu einer seiner Bemerkungen im Abgeordnetenhaus? Hat er doch nicht gleich gesagt: „Jetzt führen die Feinde uns gegenüber noch große Worte, aber wir sehen die Not, wenn sie nach der großen Armee über dem Wasser rufen. Nun, meine Herren, die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen noch fliegen, sie wird nicht kommen."

Wollen mir die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei vielleicht sagen, wer sich im Irrtum befunden hat?

Die Deutschnationale Volkspartei hat viel davon gesprochen, daß das deutsche Volk seine Nerven verloren habe. Ist es vielleicht ein Irrtum, daß es vier Jahre Hunger und endlose Strapazen mit Begeisterung ertragen hat? Das, was es aber nicht ertragen konnte, waren die 1 200 000 Amerikaner. Wer hat sie denn eigentlich auf den Plan gerufen, die angeblich nicht schwimmen und fliegen konnten, muß ich mich fragen? Sollten das nicht die Herren von der Rechten gewesen sein? Wenn man sich diese Fragen vorlegt, muß man erstaunt sein, mit welcher Unverfrorenheit, der oben erwähnte Aufruf die Behauptung aufstellt, daß die Demokratie das deutsche Volk um den Sieg gebracht hätte. Darüber besteht kein Zweifel, daß ausschließlich der U-Boot-Krieg den Bruch mit den Vereinigten Staaten und dadurch unsere Niederlage herbeiführte und es ist kein Irrtum zu sagen, daß alle die Kreise, die sich heute in der Deutschnationalen Volkspartei finden, den U-Boot-Krieg gepredigt haben. Deshalb berührt es merkwürdig, wenn diese Partei mit einem Aufruf „Demokratische Irrtümer" an die Oeffentlichkeit tritt, der im Grunde genommen nur ihre eigenen Irrtümer in klarer Form zu erkennen gibt.

Deshalb war mein erster Gedanke beim Lesen dieses famosen Erzeugnisses der, es mit einem Jungenstreich zu tun zu haben. Nach einem Augenblick der Ueberlegung erkannte ich darin aber doch jene Kampfesweise, von der ich vorhin sagte, daß mir der parlamentarische Name dafür fehle. Es sind immer wieder die Schlagwörter, die dem Ganzen das charakteristische Gepräge geben und die einen Kampf mit dem politischen Gegner so unsäglich widerlich machen. Muß denn gleich mit dem ekelhaften Gezänk losgegangen werden, muß denn der Vorwurf der internationalen Demokratie erhoben werden, von denen diejenigen, die ihn erheben, ganz genau wissen, daß er erlogen ist. Oder bildet sich die Deutschnationale Volkspartei in ihrer Minderheit wirklich ein, daß sie einzig und ganz allein den nationalen Gedanken vertritt? Dann kann ich ihr nur sagen, daß diese Auffassung auch wieder einen ihrer Irrtümer darstellt. Ich stelle mich jedem Deutschnationalen zur Seite, was den nationalen Gedanken betrifft und kann ihr nur entgegenrufen, daß sie den schwersten Mißbrauch treibt mit dem Wort national, einen Mißbrauch, der sich noch rächen wird und der nicht in Einklang zu bringen ist mit dem Wohl des Vaterlandes, das wir alle erstreben, das keiner mehr als die Deutschnationalen so oft zwecklos im Munde führen. Diese Art des Kampfes, diese Verdächtigung des politischen Gegners muß im Interesse des Vaterlandes verschwinden und vermieden werden. Auch das andere Schlagwort kehrt in dem genannten Aufruf wieder. Was die Deutschnationalen, ich glaube ebenso bewußt fälschlich, als den jüdischen Gedanken bezeichnen, kann auch nur der Verhetzung Tür und Tor öffnen. Es kann nie und nimmer zum Guter ausschlagen, daß die wüsteste Hetze getrieben wird mit einem gewissen schimpflichen Anschauungskomplex, der einer bestimmten Rasse zugeschoben wird. Vom Schachergeist bis zu jener labilen Internationalität, die, um Vermögenswerte zu retten, nicht vor dem Verluste zurück-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190924017/fragment/page=0001

schreckt, den Bestand des Landes zu sprengen, finden sich Vertreter in allen Schichten des Volkes. Die Herren, die im Rheinland und in der Pfalz Absonderungsbestrebungen inaugurieren, sind keine Juden. Wir wissen ganz genau, daß unsere Partei dem unberechtigten Vorwurf, daß sie eine Judenpartei sei, nicht entgeht. Sie mag sich stellen wie sie will. Unsere Gegner wissen es selbstverständlich auch und werden immer wieder diesen Vorwurf in charakterloser Weise erheben. Mein Eingehen auf diese Frage hat ja auch nur den Zweck, ihnen, da sie von demokratischen Irrtümern sich erlauben zu sprechen, zu sagen, ob sie sich auch klar sind und nicht im Irrtum darüber befinden, wohin die Hetze führt.

Im übrigen möchte ich der Deutschnationalen Volkspartei noch einmal raten und an das Herz legen, nicht so leichtfertige Politik zu treiben, wie es mit derartigen mit der Wahrheit nicht ganz im Einklang stehenden Aufrufen geschieht und dann gibt es auch noch einen Spruch von Splittern und Balken, wenn ich mich nicht irre.

Dr. H. Rühlemann-Halle.

Die internationale Arbeiterkonferenz in Washington

WTB. Amsterdam, 23. Sept. „Daily Mail" erhält von ihrem Berichterstatter für Arbeiterfragen über die in Washington abzuhaltende Konferenz, die Mitteilung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten an alle alliierten und neutralen Länder eine Einladung geschickt hat, und daß möglicherweise auch Deutschlands und Oesterreichs Vertreter zugelassen werden würden. Da diese beiden Länder noch nicht dem Völkerbund angehören, stünden sie auch nicht auf der Liste der Einladungen. Ihren Vertretern werde aber für die Reise nach Washington, wo die Konferenz selbst über die Frage ihrer Zulassung entscheiden werde, kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Bisher haben, wie Barnes dem Berichterstatter mitteilte, 45 Länder die Einladung angenommen. Wie Barnes sagte, ist der schwächste Punkt der Konferenz, daß sie nicht befugt ist, den verschiedenen Ländern die Durchführung der Beschlüsse zur Pflicht zu machen. Bei den Verhandlungen in Paris waren die französischen, italienischen und belgischen Delegierten für dieses Recht der Konferenz eingetreten; aber die anderen Delegierten waren dagegen, weil sie fürchteten, daß ihre Länder dies als Beeinträchtigung der Souveränität auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung betrachten würden.

Amerikas Banken gegen die ungetreuen Senatoren

Haag, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Nieuwen Rotterdamschen Courant" aus Washington hat Senator Varah in einem Pressegespräch erklärt, daß die inländischen Banksiemen einen Fonds von mehreren Millionen Dollar zusammenbrachten, um den Senat zur Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Abänderung zu zwingen. Dieses Vorgehen der Banken sei dadurch veranlaßt, weil der Vertrag in seiner jetzigen Gestalt die Anleihen in Europa garantiere, während Abänderungen für die Banken gefährliche Folgen haben könnten.

Die Meinung Argentiniens über Deutschland.

WTB. Buenos Aires, 23. Sept. Aufsehenerregende Bedauern erregen in maßgebenden, deutschfreundlich gesinnten argentinischen Kreisen die dauernd einlaufenden Meldungen über Streiks, Rückgang der Kohlenförderung und die Arbeitsunlust in Deutschland. Die argentinischen Freunde Deutschlands wollen ihm durch Bereitstellung von Kredit zur Beschaffung von Lebensmitteln zu Hilfe kommen und es dadurch beim wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützen. Aber diese Bestrebungen werden durch das unverständliche Verhalten eines Teiles der deutschen Arbeiterschaft stark geschädigt. Man sagt sich hier, daß es trotz allen Vertrauens in die deutsche Leistungsfähigkeit unnütz und vergeblich ist, den Deutschen zu helfen, wenn sie selbst die Hände in den Schoß legen und nicht sehen wollen, daß ihr Land durch Streiks und Arbeitsunwilligkeit völlig zugrunde gerichtet wird.

Vom Aufstand in Albanien.

WTB. Versailles, 23. Sept. Nach einer Mitteilung des südslawischen Pressebüros hat sich die Lage in Albanien verschlechtert. Die Erhebungen hätten sich von Südalbanien auch auf Mittelalbanien ausgedehnt. Es sei wiederholt zu Zusammenstößen gekommen, wobei die italienischen Truppen schlecht abgeschnitten hätten.

Die Offensive der sibirischen Armee.

Haag, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber London wird telegraphiert? Aus Tomsk wird gemeldet: Die sibirische Armee setzte ihre Offensive auf der ganzen Front mit gutem Erfolge fort. Es wurden bisher viele Gefangene gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 23. September.

52. Sitzung.

Am Ministertische: Stegerwald, Haenisch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. Rosenfeld über die militärische Einrichtung der Berliner Polizei beantwortet ein Regierungsvertreter dahin, daß es nicht beabsichtigt sei, die Berliner Polizei militärisch zu organisieren. Die neu getroffenen Maßnahmen rechtfertigten sich durch die Zunahme des Verbrechertums.

Hierauf wird die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1919, und zwar die des Ministeriums der Volkswohlfahrt, fortgesetzt.

Abg. Moldenhauer (S. Vpt.): Im Mittelpunkte der Jugendfürsorge muß die Familie stehen. Diese beruht auf der Auffassung von der Ehre, und diese letztere läßt sich nicht durch das Gesetz regeln.

Zum Gesundheitswesen haben die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen die Sozialisierung des gesamten Arzt- und Arzeneiwesens beantragt. Wir lehnen diesen Antrag ab. Die Wohnungsfrage ist eine Kohlenfrage. Es muß weiter gebaut werden, trotz der enormen Kosten, und die nötigen Zuschüsse müssen bewilligt werden. Noch schlimmer als in Berlin ist die Wohnungsnot in den besetzten Gebieten. (Beifall rechts.)

Ein Regierungsvertreter von der Medizinalabteilung des Ministeriums betont, daß der Kampf gegen die Tuberkulose in noch größerem Umfange als früher geführt werden würde. Der Antrag Adolf Hoffmann müsse daran scheitern, daß die Frage der Sozialisierung der Aerzte noch nicht genügend geklärt sei. Die freie Arztwahl für die Armen sei allerdings erwünscht.

Abg. Zimmer (Soz.): Die Körperpflege muß in den Vordergrund gestellt werden. Die Vergesellschaftung der Aerzte muß angestrebt werden, ebenso die der Apotheker. Die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten muß im größten Umfange vom Staate übernommen werden. Diese Krankheiten nehmen noch immer zu, auch auf dem Lande. Die Hebammen müssen besoldete Beamte der Gemeindewesen, am besten der Provinzen werden. (Beifall.)

Abg. Frau Lauer (Ztr.): Weitgehende Fürsorge für das uneheliche Kind ist zu verlangen, ebenso für die uneheliche Mutter.

Abg. Dr. Abderhalden (Dem.): Die jetzige Jugend ist völlig aus dem Gleise geworfen.

Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft ist auf 75 Prozent herabgesetzt.

Das Wohlfahrtsministerium muß auch hier mit den anderen zuständigen Stellen zusammenarbeiten.

Abg. Zinz-Barmen (Dn.) wendet sich gegen die neulichen Ausführungen des Abgeordneten Weyl, indem er den Einfluß der evangelischen Kirche auf dem Gebiete der Wohltätigkeit und Liebeswerke darstellt. Redner bespricht dann eingehend die Schaffung eines Siedelungsvereins für Kriegsbeschädigte.

Abg. Leid (U. S.): Die Fürsorgeerziehung bedarf einer gründlichen Reform.

Unterstaatssekretär Meißner: Der Bau von Luxusbauten ist bereits im Jahre 1918 verboten worden.

Abg. Frau Döhlmann (D. Vpt.) wünscht eine liberale Belieferung der Ziegeleien mit Material.

Die Anträge auf Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Kleingärten, auf Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes und Baukostenzuschüsse werden angenommen. Der Antrag Adolf Hoffmann auf Verwaltung des Gesundheitswesens durch ein Reichsgesundheitsministerium wird abgelehnt.

Morgen 12 Uhr: Fortsetzung der Etatberatung. Schluß 6 Uhr.

Aus der demokratischen Bewegung.

Jessen, 23. Sept. In Jessen und Schweinitz fanden am Sonnabend und Sonntag öffentliche, vom demokratischen Verein einberufene Versammlungen statt, in denen Herr Generalsekretär Dornblüth über den Aufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens und die Stellung der Demokratie sprach. In Jessen riefen seine Ausführungen 3 Deutschnationale, von denen einer aus Halle herbeigeeilt war, und 3 Unabhängige auf den Plan, so daß die Versammlung zwar erst lange nach Mitternacht beendet werden konnte, durch die äußerst wirksame Art der Widerlegung aber, die der Referent gegen seine politischen Gegner fand, einen starken Erfolg für den demokratischen Gedanken in Jessen brachte. In Schweinitz trat am andern Tage derselbe deutschnationale Redner aus Halle dem Referenten wieder gegenüber. Er wird in der Schweinitzer Versammlung für die Deutschnationale Volkspartei auch nicht eine Stimme gewonnen haben.

Halle und Umgegend.

Halle, den 24. September 1919.

Zum Barackenbau in Halle.

Aus dem Bericht über die letzte Stadtverordnetensitzung wissen unsere Leser, daß sich die Versammlung mit einer Vorlage über den Bau dreier Baracken, die 20 Wohnungen aufnehmen sollen, beschäftigt hat. Daß die Unabhängigen sich stark für die Herrichtung der Kasernen zu Wohnungen ins Zeug warfen, ist selbstverständlich, aber auch auf der anderen Seite fand der Barackenbau keine ungeteilte Zustimmung, sodaß auf alle Fälle noch der Bauausschuß gehört werden soll. Bei der Beratung wurde von demokratischer Seite, von Herrn Balle, auch der Gedanke erwogen, ob es nicht richtiger ist, die Baracken für Bürozwecke zu errichten und die hierdurch freiwerdenden Büros für Wohnzwecke zu benutzen.

Dieser Gedanke hat in Berlin feste Gestalt genommen. Dort werden für 1 Million Mark 20 Bürobaracken erbaut, damit die Wohnungen, die bisher von Behörden benutzt werden, ihrem Wohnzweck wieder zugeführt werden können. In Berlin wird es übrigens am 1. Oktober keine Wohnungslosen mehr auf der Straße geben. Leute, die nirgends Unterkunft finden, werden in Hotels untergebracht. Der Widerstand widerspenstiger Großwohnungsinhaber, die sich zu einer Abtrennung von Wohnräumen zur Aufnahme von Familien nicht verstehen wollen, wird mit aller Macht gebrochen werden. Die Wohnungsfürsorge der Stadt Berlin soll in erster Linie Reichsdeutschen zugute kommen.

In Halle geht man in dieser Hinsicht noch schärfer vor, denn hier soll die Wohnungsfürsorge nur Einheimischen zugute kommen.

Die Wirtschaftsbeihilfe für die Eisenbahnarbeiter.

Am 20. d. Mts. hat der Haushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung beschlossen, den Staatsarbeitern eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, welche nur die Hälfte der den Beamten zu gewährenden betragen soll. Die Ortsleitung Halle des Allg. Eisenb.-Verbandes hat dazu, in einer am 21. Sept. einberufenen Versammlung Stellung genommen. Diese Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die im Lokal Mars-la-Tour abgehaltene, sehr stark besuchte Versammlung des Allg. Eisenb.-Verb. hat mit großer Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Wirtschaftsbeihilfe, die den Beamten und Arbeitern gezahlt werden soll, wieder Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen machen will. Sie erwartet von dem Plenum der Landesversammlung eine andere Entscheidung, die allein geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit zu heben, also produktionsfördernd zu wirken. Der Nachweis, daß die Teuerungsverhältnisse den Staatsarbeiter genau so belasten wie den Beamten, ist von den Verbänden restlos erbracht worden."

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband gegen die Akkordarbeit.

Das Bezirkssekretariat des Allgemeinen Eisenb.-Verbandes sendet uns folgende Zuschrift:

„Die Tageszeitungen bringen jetzt eine Notiz über Steigerung der Produktion im Eisenbahnbetrieb. Diese erfreuliche Tatsache ist eingetreten ohne Einführung eines Akkordsystems.

Wie aber bekannt ist, hat die Staats-Eisenbahnverwaltung mit den Arbeiterverbänden über die Einführung eines Prämiensystems Verhandlungen geführt. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich seine offizielle Entschließung noch vorbehalten, seine Führer aber die Einführung im Gegensatz zu dem größten Teil seiner davon betroffenen Mitglieder, propagiert.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband lehnt nach wie vor jedes Akkordverfahren ab. Eine Sachverständigen-Kommission hat eine entsprechende Resolution gefaßt, die ja veröffentlicht worden ist. Der A. E.-V. ist der Meinung, daß jedes Akkordsystem bei der besonderen Art des Eisenbahnbetriebes unmoralisch wirkt. Die Hebung der Produktion kann auch erreicht werden durch eine, den Zeitverhältnissen angepaßte Bezahlung, Mitwirkung des Eisenbahners an der Produktion mit beschließender Stimme und Beschaffung von guten Baustoffen, Werkzeugen und modernen technischen Einrichtungen in den Werkstätten. Da sich jetzt, bei dem Widerstreben der betroffenen Eisenbahner auch gegen ein verbessertes Prämienlohnsystems, das Bestreben geltend macht, dem A. E.-V. die Schuld in die Schuhe zu schieben, sei nochmals mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß dieser Verband die Einführung eines jeden Akkordverfahrens nach wie vor ablehnt unter der Zustimmung aller seiner Mitglieder."

Soweit die Zuschrift. Wir können ihr in einigen wesentlichen Punkten nicht beistimmen. So ist es z. B. nicht richtig, daß die Eisenbahner ausnahmslos die Akkordarbeit verwerfen. Im Gegenteil ist uns gerade von Mitgliedern des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes schriftlich und mündlich mitgeteilt worden, daß ein großer Teil von ihnen sehr gern Akkordarbeit übernehmen würde. Die Herren vertraten uns gegenüber den sehr plausiblen Standpunkt, daß unser Wirtschaftsleben in seiner gegenwärtigen furchtbaren Not das Akkordsystem gar nicht entbehren könne. Arbeiter, die ihr Fach verstehen, hätten gegen Akkordarbeit grundsätzlich nichts einzuwenden, wofern dabei nur die vielerlei Mißstände ausgeschlossen werden, über die man früher bis zur Abschaffung der Akkordarbeit oft mit Recht geklagt habe. Wir werden in den nächsten Tagen eingehend auf die Akkordsystem-Frage zurück kommen.

Die Volksschullehrer in der Gemeindeverwaltung.

In Preußen war früher bekanntermaßen den Volksschullehrern versagt, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung zu werden, und sie hatten infolgedessen auch keinen Teil an der Gemeindeverwaltung. Sie waren sonach gegenüber den anderen Bürgern minderen Rechts, hatten dafür aber auch nicht Gemeindeabgaben von ihrem Diensteinkommen zu leisten, nach § 7 der Städteordnung. Die Revolution hat mit dieser der Neuzeit in keiner Weise mehr angemessenen staatlichen Einrichtung wie mit so manchen anderen aufgeräumt: auch den Volksschullehrern steht nunmehr das Recht zu, für die Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen gewählt zu werden. Und so ist es nun auch den Lehrern, die von der Städteordnung als Elementarlehrer bezeichnet werden, gleich den ebenfalls bisher vom Gewählwerden ausgeschlossenen Geistlichen und Küstern möglich, sich an gemeindepolitischen Kämpfen und Arbeiten zu beteiligen. Es gibt demnach bei den Gemeindewahlen keine bevorrechteten und keine benachteiligten Klassen mehr. Durch neuerlichen Ministerialerlaß ist auch die Pflicht, um die Amtsannahme bez. Bestätigung bei der vorgesetzten Behörde einzukommen, für die Gemeinde-(Stadt-)Verordneten aufgehoben. Merkwürdigerweise läßt aber dieser Erlaß die Frage, ob auch die besoldeten oder unbesoldeten Magistratsmitglieder bez. die Mitglieder eines Gemeindevorstandes zu bestätigen sind oder nicht, offen, so daß schließlich die etwa in den Magistrat gewählten Lehrer doch genötigt sind, ihre Bestätigung bei der Regierung nachzusuchen.

Die außerordentlich schätzbare Kraft der Lehrer kann nun auch für die Gemeindeverwaltung nutzbar gemacht werden. Deshalb muß man es aber auch unterschreiben, was der Groß-Berliner S.-P.-D.-Gemeindevertreteraussch für Schul- und Erziehungsfragen fordert, daß der Lehrer, als scharf umrissene stetige Persönlichkeit, weitestgehender Bewegungsfreiheit im Dienst wie der Betätigung für die Allgemeinheit teilhaftig wird. Natürlich darf hierdurch die amtliche Wirksamkeit nicht beeinträchtigt werden, wohl aber muß der Lehrer für die Erfüllung seiner Pflichten in den Gemeindekörperschaften entsprechenden Urlaub erhalten, wie das ja auch der Fall ist, wenn er etwa Abgeordneter im Landtage oder Reichstage ist. Es hieße, den Lehrern ihre Menschen- und Bürgerrechte schmälern, wenn man sie auf das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten und im Streitfalle auf den Beschwerdeweg verweist, wie das der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in einem Schreiben an den demokratischen Parteisekretär in Recklinghausen getan hat. +

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In einem interessanten Lichtbildervortrage behandelte Herr Bertram Kalt, Vorsteher der Pflanzenzuchtstation des landwirtschaftlichen Instituts der Universität, das Thema „Die Arbeitsmethoden der neuzeitlichen Pflanzenzüchtung".

Ein wesentlicher Teil der züchterischen Arbeit besteht im fortgesetzten Prüfen und Auswählen des Besten. Voraussetzung ist möglichste Gleichmäßigkeit der Vegetationsbedingungen im Zuchtgarten: sorgsamste Bodenbearbeitung, gleichmäßigste Düngung, feine Ackerkrume mit glatter, ebener Oberfläche. Am wichtigsten sind gleiche Standweite und gleiche Saattiefe. Dazu sind verschiedene Spezialapparate gebaut worden, die möglichste Genauigkeit gewährleisten. Gewissenhafte Prüfung erfährt ferner die Keimfähigkeit im Keimschrank des Laboratoriums wie auch unter natürlichen Entwicklungsbedingungen. Die Pflänzchen werden gezählt, ihre Wachstumsform und Blattfarbe, Blattform und Blattfälle festgestellt, um wirtschaftlich wertvolle Eigenschaften zu erfinden; auch die Winterfestigkeit wird beobachtet. Von höchster Bedeutung sind die Kreuzungsarbeiten, die zu neuen Formen führen sollen. Die subtilen Vorgänge, die äußerste Genauigkeit und Vorsicht erfordern, wurden trefflich durch Lichtbilder aufgezeigt.

Während des Blütezustandes der Pflanzen im Zuchtgarten werden Beobachtungen angestellt, wie z. B. die verschiedenen Linien und Stämme einer Züchtung sich den zahlreichen Krankheiten und tierischen Schädigungen gegenüber widerstandsfähig erweisen. Bei der Ernte wird ebenso sorgfältig verfahren. Elitepflanzen, Nachkommen und auffallende Linien und Stämme werden mit den Wurzeln ausgezogen, gewaschen und an Tragegestellen aufgehängt.

Neben der Zuchtgartenarbeit läuft die Feldprüfung einher, die alle bewährten Stämme und Vermehrungen umfaßt und diese in Drillkultur vorführt. Die Teilstücke werden nach Entfernung der Randpflanzen mit der Sense gemäht, auf besonderen Maschinen gedroschen, gereinigt, verwogen und dann in Säcken gelagert.

Als Winterarbeit folgt die botanische und züchterische Untersuchung und Auswahl der Zuchtgartenernte im Laboratorium.

An Selektionstafeln werden die Nachkommenschaften zur Beurteilung und Auswahl aufgehängt, Variationen und Aufspaltungen nach Kreuzungen zahlenmäßig festgestellt. Bei den gewählten Einzelpflanzen werden gewisse belangreiche Merkmale gemessen oder direchnet und dann in Register eingetragen. Zur Beschleunigung der mühevollen Zählungen und Messungen bedient man sich praktischer Hilfsapparate. Die Körner werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190924017/fragment/page=0002

physikalisch und chemisch (auf Trockensubstanz, Protein und Asche) untersucht. Die Untersuchungsergebnisse füllen große Register und stellen in Verbindung mit den gebuchten Vegetationsbeobachtungen die exakten Unterlagen dar, auf Grund deren der Zuchtleiter nun die Auswahl trifft, die über Ausscheiden oder Weiterzucht eines Stammes oder einer Familie entscheidet.

Zum Schluß wurde noch auf die Kartoffel- und Rübenzüchtung und deren hauptsächliche Abweichung von dem dargelegten Gang der Getreidezüchtung hingewiesen.

Eine sehr wertvolle Ergänzung des Vortrages bot Herr **Kalt** durch mehrstündige, hochinteressante **Demonstrationen** des Versuchsfeldes und Laboratoriums der **Pflanzenzuchtstation**, die das Landwirtschaftliche Institut der Universität an der Julius-Kühn-Straße seit Jahrzehnten mit großem Erfolge betreibt.

Forderungen der preußischen Gendarmen.

Am 18. und 19. September tagte in Berlin der zweite Abgeordnetentag des Preußischen Gendarmerie-Vereins E. V., der von Vertretern aus allen preußischen Provinzen, auch aus den besetzten Gebieten, besucht war. In erster Linie wurden die Standes- und wirtschaftlichen Fragen behandelt. Die Forderungen der Gendarmerie gehen dahin, daß die Oberwachtmeister Rang und Einkommen der staatlichen Polizeikommissare und die Wachtmeister Rang und Einkommen der staatlichen Assistenten erhalten. Die Gendarmeriebeamten seien die Hauptstützen der Staatsautorität auf dem flachen Lande. Ihr Beruf erfordere umfassende Kenntnisse aller gesetzlichen Verordnungen.

Keine ordentliche Hengstkörung und Privathengstprämiierung.

Mit Rücksicht auf die für den Herbst zu befürchtenden Transportschwierigkeiten infolge der Ablieferung von Vieh an den Feindbund kann die für den Herbst d. Js. vorgesehene ordentliche Hengstkörung und Privathengstprämiierung nicht abgehalten werden.

Auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 27. August 1919 behalten deshalb die bisherigen Körungen Gültigkeit bis zum nächsten ordentlichen Körtermin.

Alle diejenigen jungen Hengste, die gemäß § 5 der genannten Verordnung bei der diesjährigen Hengstkörung hätten angekört werden können, also am 1. Juli 1920 das dritte Lebensjahr vollendet haben oder vollenden, müssen der Körkommission vorgestellt werden, desgleichen alle älteren noch nicht gekörten Hengste.

Der genaue Termin der Vorstellung dieser Hengste wird rechtzeitig noch bekanntgegeben, jedoch müssen **die Anmeldungen hierzu bis 25. September d. J.** erfolgen, wofür die vorgeschriebenen Anmeldescheine von der Landwirtschaftskammer umgehend abzufordern sind.

Hengste, die mit Staatsunterstützung angekauft sind und für die das hierfür bewilligte Staatsdarlehn noch nicht zurückgezahlt ist, sind von der Körung befreit.

Der Provinzialverband Sachsen des Bundes Deutscher Militäranwärter hielt am 20. und 21. Sept. seinen 13. Verbandstag in den Weißbierhallen in der Bernburgerstraße ab.

Vertreten waren 40 Vereine mit 5137 Stimmen. Außerdem hatten der Bundesvorstand aus Berlin und der Landesverband Anhalt sowie der Verband der aktiven Unteroffiziere Vertreter entsandt. Der 1. Vorsitzende Eisenbahn-Sekretär **Roloff** hob hervor, daß dies der erste Verbandstag nach dem Kriege sei. Hetzer sind am Werke, die unser Vaterland noch weiter in den Abgrund reißen wollen. Von diesen Elementen dürfen sich die Militäranwärter nicht beeinflussen lassen. Sie müssen zusammenhalten, in der Hoffnung, daß auch in unserem Vaterland wieder Ruhe, Frieden und Ordnung einziehen werden. Die von den Vereinen gestellten Anträge betrafen in der Hauptsache innere Vereinsangelegenheiten. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten die Anstellungsgrundsätze für die Militäranwärter stark beeinträchtigen und daß darüber auf dem demnächstigen Bundestage in Berlin eine ausführliche Aussprache und eine Beschlußfassung herbeigeführt werden soll. Auch das Verhältnis zu den aktiven Unteroffizieren wurde besprochen und ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung der Ansprüche für unbedingt erforderlich gehalten. Nur bei dem Punkt betr. Ergänzungswahl für den Verbandsvorstand gab es eine längere Aussprache, da der bisherige 1. Vorsitzende sein Amt niederlegte. Kamerad Roloff wurde in Anerkennung seiner Verdienste um den Verband zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Als 1. Vorsitzender ging nun der Oberbergamtssekretär **Zausch** aus den Wahlen hervor. Als Beisitzer wurden die Kameraden **Fahlberg, Frey** und **Holzhausen** gewählt. Der Ortsverein Halle hatte für den Sonnabend ein Konzert veranstaltet, zu dem Mitglieder des Vereins Halle nebst Damen mit den auswärtigen Vertretern in großer Anzahl sich zusammenfanden.

Der deutsche Verein für das höhere Mädchenschulwesen hält hier am 25., 26. und 27. September eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Die Zeitumstände drängen gerade auch auf dem Schulgebiete zu einer Reform. So sind hier, natürlich auch betreffs des höheren Mädchenschulwesens, zahlreiche Fragen und Zweifelsfälle hervorgetreten, die nach einer Aussprache und Klärung verlangen. Dem trägt die vorliegende Tagesordnung durch eine Reihe von Vorträgen in erster Linie Rechnung. Für Donnerstag, den 25., ist eine Sitzung des engeren Ausschusses geplant. Die eigentliche Tagung beginnt am Freitag mit einer allgemeinen Versammlung, die dann am Sonnabend ihre Fortsetzung finden soll.

Lehrerversammlung. Am Donnerstag, abends 8¼ Uhr, findet im Augustiner, Mittelstr., eine Versammlung aller an den Hall. Volksschulen angestellten Rektoren und Lehrer statt. Tagesordnung: Vorbereitung der **Kreislehrerratswahl.**

Kleinkinderbewahranstalt der Frauenhilfe Trotha. Was für eine Fülle von Freude und Anregung bietet doch unser schöner Zoologischer Garten! Das zu empfinden hatten wieder recht Gelegenheit die Kinder der Kleinkinderbewahranstalt der Frauenhilfe in Trotha, die an einem dieser sonnigen Spätsommertage nach dort ihren Ausflug unternahmen. Die Freude über den herrlichen Nachmittag spiegelte sich auf den strahlenden Gesichtern der Kinder wieder, die mit frohem Herzen alles anstaunten, vom lustigen Federvieh und Brummbär bis zum mutwilligen Affen und was sonst an Sehenswertem unser prächtiger Zoo auf dem Reilsberg bietet. Im Laufe des Sommers hatte der Vaterl. Frauenverein schon dreimal durch das Entgegenkommen der Direktion die Freude, den Kindern der **Kinderheilstätte**, des **Mädchenhortes** und der **Kinderschule** in Trotha durch Ermäßigung des Eintrittspreises die Wunder des Zoologischen Gartens zugänglich zu machen.

Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels. Im Hinblick auf die in einer Reihe von Städten neu einsetzenden Tarifverhandlungen hat die Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels sämtliche Großhandels-Arbeitgeberverbände auf Donnerstag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, nach Hamburg im Anschluß an die dort stattfindende Großhandelswoche, zu einer Aussprache über die sozial-wirtschaftliche Lage im Großhandel eingeladen.

Weitere Plünderprozesse.

Unter dem Vorsitze des Herrn Landgerichtsdirektors Krüger begann Montag ein neuer **Schwurgerichtszeitabschnitt**, für dessen erste Sitzung als Geschworene ausgelost wurden die Herren Gutsbesitzer Max **Köster** (Hedersleben), Mühlenbesitzer Otto Felgner (Ermlitz), Privatmann Emil Beyer sen. (Schafstedt), Mauermeister Guner Wieland (Halle), Fabrikbesitzer Ernst Welckhoff (Merseburg) Fabrikant Franz Keil (Halle), (Obmann), Freigutsbesitzer Emil Joachimi (Gorsleben), Kaufmann Willi Krauße (Merseburg), Gutsbesitzer Otto Brandt (Brachwitz), Magistratssekretär Max Müller (Halle), Ingenieur Rudolf Brockstedt (Halle), Kaufmann Karl v. Wissel (Halle). Die Anklage vertrat Herr Erster Staatsanwalt Dr. **Mosler**, die Verteidigung hatten die Herren Rechtsanwälte Dr. **Müller** (für Streisler) und Dr. **Fackenheim** (für Körner).

Des schweren Landfriedensbruches angeklagt waren die Bergarbeiterin Selma **Streisler**, geb. 1894, und der Schmied Willi **Körner**, geb. 1893.

Die Streisler berichtet, am Morgen des 3. März gegen 8 Uhr mit ihrer Stiefschwester von Hause fortgegangen und beim Proviantamt in der Schmidtstraße vorbei gekommen zu sein; hier haben sich beide in die plündernde Menge gemischt und aus einem Fasse mit Pökelfleisch verschiedene Stücke im Gewichte von etwa 10 Pfund genommen, um es für ihre Familie von 10 Köpfen zu verwenden. Auf dem Wege nach ihrer Wohnung wurden sie an der Augustastraße von Landesjägern verhaftet und ihnen das Fleisch wieder abgenommen. Die Stiefschwester ist als Jugendliche bereits von der Strafkammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die jetzt Angeklagte wurde von den Geschworenen des schweren Landfriedensbruches unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig gesprochen und vom Gerichte zu **einer Gefängnisstrafe von einem Jahre** unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 6 Monaten 2 Wochen verurteilt.

Körner ist am 15. April vom Schwurgerichte wegen schweren Landfriedensbruches zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Weil der damals gewählte Verteidiger Dr. Fackenheim aus Versehen nicht zur Hauptverhandlung geladen war, sondern nur der vom Gericht bestellte, so hatte der Verteidiger Revision angemeldet mit dem Erfolge, daß die Sache aus einem formellen Grunde an das Schwurgericht zurückverwiesen wurde. Der Angeklagte hatte am 2. März im Mansfelder Hof seine Verlobung gefeiert und war auf dem Nachhausewege mit seiner Braut bei Broskowski vorbeigekommen; hier hatte ihn ein Mann von der sogenannten **Sicherheitswehr** eingeladen einzutreten und so ging denn der Angeklagte in den Vorraum des Kellers und nahm eine Kiste mit 25 Flaschen Wein an sich und mit nach der Wohnung seiner Braut. Weil er gehört hatte, man hätte ihm nachgeredet, daß er geschossen habe, ging er am 7. März zur Polizei nach der Klosterstraße, um das Unrichtige der Behauptung darzutun, wurde hier gleich festgehalten und unter Anklage gestellt, nachdem bei einer Haussuchung die Sachen gefunden worden waren. Der Angeklagte ist u. a. mit **3 Jahren Zuchthaus vorbestraft**, die er erst im vorigen Jahre verbüßt hat; der Verteidiger war der Ansicht, daß die Vorstrafen nicht genügen sollten, dem Angeklagten mildernde Umstände zu versagen, wie es die Geschworenen am 15. April getan hatten; die 25 Flaschen Wein würden eine so schwere Bestrafung nicht rechtfertigen. Die Geschworenen bejahten auch jetzt wieder die Schuldfragen unter Versagung mildernder Umstände, worauf das Gericht auf **3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust** erkannte; 4 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt angerechnet.

Kunst und Wissenschaft.

In Göttingen starb der emer. o. Professor der Staatswissenschaften an der dortigen Universität Geh. Reg.-Rat Dr. Gustav **Cohn** im Alter von 79 Jahren. Der bekannte Nationalökonom, der aus Marienwerder gebürtig war, lehrte früher in Heidelberg, Riga und Zürich. Seine Hauptwerke sind die „Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik" 1874—83 und das „System der Nationalökonomie" 1885—98. Letzteres behandelt nach einem allgemeinen grundlegenden Teile die Finanzwissenschaft und das Handels- und Verkehrswesen.

Provinzial-Nachrichten.

)(**Sangerhausen**, 23. Sept. (**Prähistorische Ausgrabung.**) Im Oktober soll in der Nähe unserer Stadt eine größere Ausgrabung vom Provinzialmuseum gemacht werden. Bekanntlich dürfen nach dem Ausgrabungsgesetze private Ausgrabungen nur noch mit Genehmigung des Regierungspräsidenten stattfinden, der die Entscheidung darüber dem Leiter des Provinzialmuseums übertragen hat.

—**Halberstadt**, 23. Sept. (**Der neue Oberdomprediger.**) Zu der mit dem Ephoralamt verbundenen Oberpredigerstelle am Dom ist von den maßgebenden Stellen Superintendent **Brinkmann in Bromberg** in Aussicht genommen.

:: **Magdeburg**, 23. Sept. (**Mord an einem Wächter.**) Sonnabend morgen wurde auf einem hiesigen Färbereigrundstück der Wächter Peckebusch erschlagen aufgefunden. Mit einem Spaten, der neben der Leiche lag, war dem Unglücklichen der Schädel gespalten. Es ist anzunehmen, daß als Täter Personen in Frage kommen, die auf dem Grundstück einen Diebstahl ausführen wollten.

Naumburg, 23. Sept. (**Auf dem Wege zur Schieberzentrale**) Der Landwirt Max Müller aus Auerstedt war mit einem Wagen voll Kartoffeln und Weizen auf dem Wege nach der Thüringer Schieber-Zentrale Naumburg, um die Waren für teures Geld an hiesige Großschieber abzusetzen. Unterwegs wurde er aber von der Gendarmerie abgefaßt, die Ware beschlagnahmt und durch Verkauf der Allgemeinheit zugeführt.

× **Naumburg**, 23. Sept. (**Eisenbahn-Frevler.**) Halbwüchsige Burschen, Arbeiter aus den Leuna-Werken, zerschlugen vergangene Woche in dem von ihnen besetzten Abteil des um 9 Uhr von Halle abgehenden Zuges sämtliche Scheiben mutwillig. Zwischen Leisling und Weißenfels wurde die Untat bemerkt, die Verüber festgestellt und in Leisling in Gewahrsam gegeben.

[§] **Erfurt**, 23. Sept. (**Der Raubmord an der Witwe Krummrich**) in der Ludwigstraße, der am Abend des 9. August verübt wurde, ist nunmehr vollständig aufgeklärt. Nach langem Bemühungen gelang es der Erfurter Kriminalpolizei, die beiden Täter, den einen, wie gemeldet, bereits vor einigen Tagen, sowie auch den Anstifter zur Mordtat zu verhaften. Sie sind als der 22jährige Arbeiter Johannes Walther aus Mönchhosbach bei Sontra und der 33 Jahre alte Brauer Ernst Hermann aus Allstedt bei Apolda festgestellt. Beide sind in Erfurt Soldat gewesen und geständig, die Tat ausgeführt zu haben. Dagegen kommt als Anstifter nach ihrem übereinstimmenden Angaben der 28jährige Student Leo Heinen aus Krefeld in Frage. Heinen, der in Erfurt Vizewachtmeister bei der Artillerie und Mitglied des Soldatenrats war, wohnte während seiner Militärdienstzeit bei der Witwe Krummrich und wußte, daß die Ermordete ständig Geld in größeren Mengen in ihrer Wohnung aufbewahrte. Er hat bereits 2 bis 3 Wochen vor der Tat versucht, zwei andere in Erfurt wohnhafte Personen zu einem Einbruch bei der Witwe Krummrich anzustiften. Diese haben jedoch abgelehnt, und ihm die beiden jetzigen Täter vorgeschlagen. Nach der Mordtat hielt er sich in Köln und Duisburg auf. Bei seiner Rückkehr am vergangenen Sonnabend konnte er auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen werden. Offenbar haben auch noch andere Personen um die Mordtat und die Mörder gewußt. Aus diesen Gründen sind noch mehrere andere Verhaftungen vorgenommen worden.

Erfurt, 23. Sept. (**Zur Oberbürgermeisterwahl.**) Bekanntlich waren von den 45 Bewerbern um unsere Oberbürgermeisterstelle 6 in die engere Wahl gestellt worden, nämlich drei Juristen, zwei Volkswirtschaftler und ein technischer Beamter. Letzterer zog vor kurzem seine Bewerbung zurück. Nach der Ende voriger Woche erfolgten Vorstellung der übrigen fünf Bewerber hat sich der Ausschuß der Stadtverordneten nunmehr auf zwei Bewerber geeinigt, einen Juristen und einen Volkswirtschaftler. Es sind dies Bürgermeister Dr. **Mann** aus Neukölln und Oberbürgermeister Dr. **Herrfurth** aus Gera. Ein Termin für die Wahl zum Oberbürgermeister ist noch nicht festgesetzt.

Braunschweig, 19. Sept. (**Die Regie der Spartakisten.**) Wie Tumulte inszeniert werden, darüber gibt ein Augenzeuge folgenden Bericht: Gegen 9¾ Uhr zogen 25 Matrosen und junge Burschen durch den Bürgerpark und hatten in ihrer Mitte einen jungen Mann, und zwar einen Genossen von sich, den sie als verkleideten Reichswehrangehörigen in den unflätigsten Ausdrücken beschimpften und verhöhnten. Am großen Rundteil stießen sie auf etwa acht Regierungssoldaten, die in dem Glauben, daß die Leute einen Kameraden von ihnen mißhandelten, einen Schreckschuß in die Luft abgaben und ihrem Kameraden zu Hilfe eilen wollten. Im Nu waren die Soldaten umzingelt und nach dem Hauptbahnhof zu gedrängt. Hier waren noch mehr Regierungssoldaten, alles in allem etwa 20 Mann, die von der erregten, immer größer werdenden Menge eingeschlossen wurden. Die Erregung der Menge wuchs derartig, daß das Schlimmste zu befürchten war. Die Garnison wurde sofort verständigt und sandte einen Bereitschaftszug im Lastauto an Ort und Stelle. Erst dann trat Ruhe ein, ohne daß von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Die ganze Aufmachung der Ansammlungen zeigt, daß sie nur den Zweck hatten, zu provozieren.

Vermischtes.

Starker Schneefall im Riesengebirge.

Im Riesengebirge hat es in der Nacht zum Montag stark geschneit. Gestern früh lag der Schnee bis etwa 1000 Meter herab.

Wenn man Tausendmarkscheine zeigt . . Durch ein abgefeimtes Gaunerstück ist ein Schlächtermeister in Neukölln um 23 000 Mark erleichtert worden. Er hatte in einem Kaffee Unter den Linden in Berlin bei einem Buchmacher eine Pferdewette angelegt. Dabei mußte er einen Tausendmarkschein wechseln. Dies wurde von anderen Wettlustigen beobachtet und ein Fremder fragte ihn, ob er die Tausendmarkscheine nicht verkaufen wolle. Der Schlächtermeister versprach, daß er sich zum Abschluß des Geschäftes in einem Lokal in der Weserstraße zu Neukölln treffen wolle. Er begab sich zur festgesetzten Zeit mit einem ihm bekannten Stallmeister hin, um die Geldhändler in eine Falle zu locken und sie durch die Polizei festnehmen zu lassen. Der Fremde erschien auch. Das Geld des Schlächtermeisters, 23 000 Mark in Tausendmarkscheinen, hatte der Stallmeister zu sich gesteckt, weil der Schlächtermeister einen Ueberfall befürchtete. Dieser rief heimlich durch den Fernsprecher die Polizei herbei. Gleich darauf erschienen auch zwei Kriminalbeamte, beschlagnahmten das Geld und nahmen den Stallmeister mit. Unterwegs verdrückten sie diesen dann. Erst jetzt merkte er, daß es nicht die von dem Schlächtermeister herbeigerufenen Beamten waren, sondern solche, die mit dem unbekannten Fremden zusammengearbeitet hatten.

Ein neuer deutscher Höhenweltrekord. Aus Dessau wird gemeldet: Ein verstangungsloses Junker-Flugzeug stellte einen neuen Höhenweltrekord auf. Es erreichte mit acht Personen eine Höhe von 6750 Metern. Bei seinem Flug, dem als sachverständiger Gutachter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Diplomingenieur Gsell beiwohnte, war das Metallflugzeug ausgerüstet mit einem 185 pferdigen Höhenmotor der Bayerischen Motorenwerke.

Selbstmord eines Hochstaplers. Nach Unterschlagung von 785 000 Mark hat sich der ehemalige Leiter des amtlichen Wiener Korrespondenzbüros in Berlin und politische Beirat der österreichisch-ungarischen Botschaft Karl Brotschiner vergiftet. Seine Freundin, eine bekannte Berliner Halbweltlerin, war unter dem Verdacht, an dem Tode schuldig zu sein, verhaftet worden, ist aber wegen Mangels an Beweisen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Gemälde, die sich bewegen. Die Eröffnung einer sehr seltsamen Gemäldegalerie in Berlin steht bevor: **Galerie dadaistischer Zukunftsbilder.** Diese „Gemälde der Zukunft" werden sich bewegen und von Motoren angetrieben werden. Die Dadaisten (Futurismus ist ihre Großmutter und sie propagieren den stilvollen Unsinn und den geistvollen Bluff systematisch; betonen notabene dabei, daß sie den „Kunst-Schmus" satt haben und außerhalb der Kunst arbeiten wollen) experimentieren da mit neuen Ausdrucksmitteln über die Karikatur hinaus. Man wird Bilder sehen wie zum Beispiel den „Kriegsgewinnler" . . . Ein Fettkloß von Mann hockt an einem Tisch, mit weit aufgesperrtem Rachen; der Rachen klappt auf und zu, die Augen (mit Motorbetrieb) rollen fürchterlich; natürliche Kartoffeln fallen ihm ins Maul. Wahrscheinlich wird mit der Gemäldesammlung zugleich ein dadaistisches Kino verknüpft sein, in dem Films mit ollsten Tricks in Aussicht gestellt werden. — Dahin, ausgerechnet dahin mußte uns die „natürliche Entwicklung" führen. Hurra! Hurra! Hurra!

Columbus tut's leid . . . Der Handstreich d'Annunzios gegen Fiume hat die Stadt, die unter nationaler Kontrolle stand, in italienische Hände gebracht. Schon vorher ertrug man dort nur unwillig die fremden Gäste, und besonders die Mißstimmung gegen Amerika machte sich in leidenschaftlichen Ausbrüchen Luft. Am eindrucksvollsten kam dies wohl in einem **Plakat** zum Ausdruck, das Christoph **Columbus** darstellte, wie er über das Schicksal Fiumes helle Tränen vergießt und ausruft: „Hätte ich gewußt, wie sich Amerika benehmen würde, **ich hätte es nie entdeckt!**"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190924017/fragment/page=0003

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Pferdesport.

Rennen zu Bremen.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

1. Vegesacker-Flachrennen. 3000 Mk. Für Halbblutpferde. 1600 Mtr. 1. Eckard, 2. Heckenrose, 3. Turmadler. Sieg 33. Platz 16, 25, 15:10. 7 liefen.

2. Bierdener-Jagdrennen. 7000 Mk. Für Dreijährige. 3200 Mtr. 1. Quartreiber, 2. Korsar, 3. Spero. Sieg 69. Platz 17, 15, 15:10. 11 liefen.

3. Oberneulander-Flachrennen. Ehrenpreis und 7000 Mk. Herrenreiten. 1600 Mtr. 1. Hanswurst, 2. Vulkan, 3. Morawa II. Sieg 16. Platz 11, 15, 12:10. 12 liefen.

4. Bremer-Hürdenrennen. 10 000 Mk. 3200 Mtr. 1. Hottenstein, 2. Eichwald, 3. Milton. Sieg 92. Platz 21, 12, 13:10. 10 liefen.

5. Mahndorfer-Jagdrennen. Ehrenpreis und 8000 Mk. Ausgleich. Herrenreiten. 4500 Mtr. 1. Bennewar, 2. Phantast, 3. Hannoveraner. Sieg 15. Platz —:10. 3 liefen.

6. Ehrenpreis-Jagdrennen. Ehrenpreis und 15 000 Mk. Ausgleich I. 4500 Mtr. 1. Tantalus, 2. Eilig. Sieg 68. Platz 36, 27, 10:10. 7 liefen. Alle Pferde sind gefallen, die ersten beiden nachgeritten.

7. Lebewohl-Jagdrennen. 7000 Mk. 3200 Mtr. 1. Tate-Tata, 2. Fliegender Aar, 3. Sperrfeuer. Sieg 59. Platz 16, 21, 19:10. 13 liefen.

Verschiedenes.

Tennis-Turnier Halle—Erfurt.

Eins der schönsten Tennis-Mannschaftswettspiele lieferten sich am Sonntag auf den Sportplätzen der Universität der Erfurter-Tennisverband mit einer zusammengesetzten Mannschaft des Hallischen Tennisklubs (Peißnitz) und der Akadem. Sportvereinigung. Der Sport ließ im Gegensatz zum Wetter nichts zu wünschen übrig, wenn auch die Kühle dem heißen Kampf um den Sieg recht kam. Mit einem Ergebnis, bei den viele dritte Sätze zu bemerken sind, von 13:8 Punkten, 29:23 Sätzen und 243:220 Spielen, gaben die Hallenser den Sieg ab. — Die Erfurter Gäste, denen Dank gezollt werden muß, daß sie trotz vieler auswärtiger Spiele nach Halle kamen, zeigten sich als eine turniererprobte Mannschaft, die in den Herren Stübgen und Kappelmann starke Stützen hatten. Leider konnte der Spieler der 1. Klasse Deutschlands, Herr Liebau, nicht erscheinen, dafür fehlte bei Halle Frl. Kähne, mit deren Kraft die hallischen Damen nicht so abgefallen wären. Frl. Eysoldt (A. S.-V.) hielt sich gegen die Meisterin von Thüringen, Frl. Schnabel, recht tapfer, letztere zeigte ein recht geschicktes Netzspiel. In der hallischen Mannschaft glänzte Herr Läsker II und machten auch die Herren Frank und Sulima ihren Gegnern zu schaffen. Der Altmeister Sack enttäuschte. Die Spiele zeigen folgende Ergebnisse:

Herren-Einzelspiel: Läsker II (A. S.-V.)—Kappelmann 6:1, 2:6, 6:3, Sulima (H. T.-Cl.)—Stübgen 7:5, 2:6, 3:6, Frank (H. T.-Cl.)—Kappelmann 6:8, 3:6, Sack (H. T.-Cl.)—Peters 0:6, 0:6, Läsker I (A. S.-V.)—Senne 6:3, 2:6, 4:6, Klusemann (H. T.-Cl.)—Fischer 4:6, 7:5, 6:3, Werther (H. T.-Cl.)—Cron 3:6, 6:3, 3:6, Anofres (A. S.-V.)—Türk 6:4, 6:2.

Herren-Doppelspiel: Frank-Sulima (H. T.-Cl.)—Kappelmann-Stübgen 3:6, 6:8, Läsker I und II (A. S.-V.)—Senne-Peters 6:0, 6:1, Sack-Werther (H. T.-Cl.)—Senne-Fischer 3:6, 6:2, 8:6, Klusemann (H. T.-Cl.)-Anofres (A. S.-V.)—Türk-Cron 6:0, 6:2.

Damen-Einzelspiel: Frl. Eysoldt (A. S.-V.)—Frl. Schnabel 6:8, 3:6, Frl. Rudolphi (H. T.-Cl.) Frl. Schwarz 5:7, 4:6, Frl. Nehmitz (A. S.-V.)—Frl. Schulz 6:1, 3:6, 4:6, Frl. Hülsner (A. S.-V.)—Frl. Windesheim 0:6, 7:5, 3:6, Frl. Peilecke (A. S.-V.)—Frl. Rausch 6:2, 7:5.

Gemischtes Doppelspiel: Frl. Eysoldt-Läsker II (A. S.-V.)—Frl. Schnabel-Stübgen 6:4, 5:7, 1:6, Frl. Rudolphi-Frank (H. T.-Cl.)—Frl. Schulz-Kappelmann 3:6, 2:6, Frl. Nehmitz-Läsker I (A. S.-V.)—Frl. Windesheim-Fischer 6:1, 6:1, Frl. Hülsner-Läsker I (A. S.-V.)—Frl. Schwarz-Peters 6:4, 3:6, 2:6.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Saatenstandsbericht für das Deutsche Reich.

Nach dem Saatenstandsbericht der Preiswirtschaftsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates für die Zeit von Mitte August bis Mitte September hielt das unbeständige Wetter, nur unterbrochen durch vorübergehend freundlicheres Wetter, bis Ende August an. Die folgende Erwärmung steigerte sich sodann bis zu einer Höhe, wie sie im September seit etwa 20 Jahren nicht vorgekommen ist und die nur von lokalen Regenfällen begleitet war, die jedoch nur 17 Prozent der Berichterstatter gegen 58 Prozent im Vormonat für genügend hielten, während 83 Prozent gegen 28 Prozent über vollkommen ungenügende Niederschlagsmengen klagten.

Begünstigt durch diese anhaltende Wärme der letzten Wochen konnte die Getreideernte überall gut eingebracht werden. Auch die Frühkartoffelernte ist fast ganz beendet. Ueber den Beginn der Spätkartoffelernte melden 74 Prozent der Berichterstatter gegen 33 Prozent im Vorjahre, daß dieselbe noch nicht begonnen hat; der Ertrag der Kartoffelernte wird von 43 Prozent der Berichterstatter als „kleiner“, von 34 Prozent als „größer“ und von 23 Prozent gleich dem Vorjahre geschätzt. Den Stand der Futterrüben bezeichnen 25 Prozent der Berichterstatter als „gut“ gegen 75 Prozent im Vorjahre, 42 Prozent als „mittel“ gegen 24 Prozent und 33 Prozent als „schlecht“ bezw. „gering“ gegen 3 Prozent. Bei den Rüben, sowohl Futter- als auch Zuckerrüben, wird allgemein über starke Verunkrautung geklagt, auch haben sie durch die Trockenheit der letzten Wochen sehr gelitten; 14 Prozent der Berichterstatter schätzen den Stand als „gut“ gegen 59 Prozent im Vorjahre, 43 Prozent gegen 35 Prozent als „mittel“ und 43 Prozent gegen 5 Prozent als „schlecht“. Wenn auch die Ergebnisse der Heuernte nicht überall den gewünschten Ertrag brachten, so wird doch die Beschaffenheit des Heues fast allgemein als gut angesehen. Auf die Anfrage, ob die Heuernte in diesem Jahre größer sei als im Vorjahre, antworteten 39 Prozent der Berichterstatter mit ja, 43 Prozent bezeichneten dieselbe als kleiner und 18 Prozent als gleich der des Vorjahres. Die Nachmahd bezeichneten 47 Prozent der Berichterstatter mit gut, 16 Prozent mit mittel und 37 Prozent mit schlecht.

Die Winterbestellung konnte infolge der verspäteten Erntearbeiten sowie der übergroßen Trockenheit, die das Pflügen fast unmöglich macht, meist noch nicht begonnen werden. 74 Prozent der Berichterstatter melden gegenüber 68 Prozent im Vorjahre, daß die Bestellung der Wintersaaten noch nicht angefangen habe. Vereinzelt wird gemeldet, daß Raps und Wintergerste bestellt sind, Raps auch gut aufgegangen ist. Mehrfach wird über zunehmenden Mäusefraß geklagt und hin und wieder auch über Felddiebstähle.

Vom Zuckermarkt.

Nk. Während der Berichtwoche kamen noch einige Verfügungen der Reichszuckerstelle heraus, die sich auf Abänderungen und Berichtigungen früherer Zuteilungen von alter Rohware bezogen. Die Rohzuckerfabriken sind sonst ganz auf die Vorbereitungen der in der nächsten Zeit beginnenden Rübenverarbeitung eingestellt, und überall tritt der Wunsch zu Tage, der neue Verteilungsplan möge möglichst zeitig bekanntgegeben werden. Denn davon wird die Abwickelung der Geschäfte abhängen. Man erwartet die Bekanntgabe des Verteilungsplanes noch im September. Eine Hinauszögerung bis in den Oktober hinein wäre jedenfalls von großem Nachteil; allein schon wegen rechtzeitiger Bereitstellung der Zuckersäcke, deren Einsendung an die Fabriken infolge der leidigen Bahnverhältnisse naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen muß, als dies unter normalen Verhältnissen der Fall sein würde. Der Zeitpunkt der Aufnahme der Rübenverarbeitung der meisten Fabriken ist heute noch ungewiß; man rechnet aber auch Mitte nächsten Monats. Diese Hinauszögerung hängt mit dem Wunsche zusammen, die Rüben möglichst lange im Boden zu halten, um ihnen solange wie möglich Gelegenheit zur Entwicklung zu geben.

Im Reichsernährungsministerium haben dieser Tage Beratungen wegen der für das nächste Betriebsjahr (1920/21) zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden. Der Minister hatte zu den Beratungen Vertreter der Zuckerindustrie, der Landwirtschaft und des Zuckerhandels eingeladen. Auch für die Verbraucherkreise waren Vertreter erschienen, zumeist Vorstände sozialdemokratischer Organisationen. Der Vertreter der Regierung erklärte von vornherein, daß Beschlüsse nicht gefaßt werden sollen; es handele sich nur um eine Beratung, und die Reichsregierung behielte sich alle zu ergreifenden Maßnahmen vor. Wie nicht anders zu erwarten, waren die sozialdemokratischen Vertreter gegen jede Freigabe des Handels für das Betriebsjahr 1920/21. Sie stellten einfach die Behauptung auf, daß sie von der Freigabe keinen Mehranbau und keinen günstigen Einfluß auf die Zuckerindustrie erwarteten. Die Gründe für diese Behauptung sind leider nicht bekanntgegeben worden; es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß sie sehr leicht zu widerlegen gewesen wären. Man sollte doch meinen, Landwirtschaft, Zuckerindustrie und Fachhandel sowie namhafte Vertreter der Volkswirtschaft hätten Anspruch auf größere Beachtung, schon durch die seit längerer Zeit zusammengebrachten Beweise, als Vertreter sozialdemokr. Organisationen, deren Urteil sehr stark durch die Parteibrille getrübt ist. Von der Zuckerindustrie wurde verlangt, den Zuckerrübenpreis auf 6 Mark für den Zentner, den Kornzuckerpreis, Grundlage 88 Prozent, ohne Sack frei Magdeburg auf 65 Mark für den Zentner für das laufende Betriebsjahr (1920/21) festzusetzen. Hiergegen wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie kein Widerspruch erhoben, die Notwendigkeit der Preiserhöhung damit also stillschweigend zugegeben. Die Regierung ließ darauf hinweisen, daß vermutlich bereits vom November ab den Verbrauchern Rohzucker anstatt Raffinaden werde gegeben werden müssen- weil Kohlen fehlen, um die Raffinerien in Betrieb setzen zu können.

Am Raffinadenmarkt blieb der Verkehr ziemlich eng begrenzt. Die Bezugsscheine für den laufenden Monat sind zum größten Teil bereits in den Vorwochen zur Einlösung gekommen.

Die Entwickelung der Zuckerrüben ist während der Berichtwoche wieder nach der Richtung hin gegangen, daß der Zuckergehalt der Rüben weiter gute Fortschritte machen konnte, während die Gewichtszunahme im Verhältnis zu dem Vorjahr abermals zurückgeblieben ist. In einzelnen Rübenbezirken ist der langersehnte Regen zwar gefallen, im allgemeinen aber ist es zu trocken geblieben, sodaß nicht nur das Wachstum der Rüben behindert wurde, sondern vielfach auch Frühreife zu befürchten ist, wenn die Witterung sich nicht bald allgemein ändert und ausgiebige Niederschläge bringt.

Klagen aus den Hansestädten.

Aus maßgebenden kaufmännischen Kreisen ist der Deutschen Volkspartei Hamburgs eine Auslassung über die Notlage des Handels in den Seestädten zugegangen. Es heißt darin:

Nachdem der Gold-Zollzuschlag auf 475 v. H. für diese Woche festgesetzt worden ist, nimmt diese Angelegenheit für Hamburg immer bedrohlichere Formen an. Die Vernichtung des Handels ist unabwendbar, wenn die unterschiedliche Zollbehandlung nicht sofort beseitigt wird. Die in Hamburg eingeführten, dem Goldzoll unterliegenden Waren können nicht mehr abgefertigt werden, da sie unverkäuflich werden im Wettbewerb mit den aus den besetzten Gebieten zu niedrigern Zollsätzen eingeführten Gütern. Es werden in anscheinend erheblicher Menge Waren aus dem hamburgischen und Bremer Freihafen mit der Bahn über den Rhein geschafft, um sodann zum Friedenszollsatz in das deutsche rechtsrheinische Zollinland eingeführt zu werden.

Auch der Kaffee-Einfuhrverein Hamburg bemüht sich nachdrücklich um eine gleichmäßige Behandlung der Zollzahlung und verweist darauf, daß beispielsweise jetzt das besetzte Gebiet für ein Kilogramm eingeführten Kaffee 6,18 bis 6,90 Mk. weniger zu zahlen braucht als die Seestädte. Im Hamburger Freihafen liegen noch große Kaffeemengen, die dem Verbrauch wegen des hohen Goldzolles nicht zugeführt werden können.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 23. September. In der einheitlichen starken Aufwärtsbewegung der letzten Zeit ist heute an der Börse ein Stillstand und auf einzelnen Gebieten bei gleichzeitiger Einschränkung der bisherigen lebhaften Geschäftstätigkeit ein Umschlag eingetreten. Im Verlaufe machten sich die obwaltenden Realisationsneigungen auf einzelnen Gebieten stärker bemerkbar, wozu im übrigen auch die Meldung über eine um sich greifende Streikbewegung bei den Seeleuten und wahrscheinlich auch bei den Berliner Metallarbeitern beitrug. Am Montanmarkt wurden die Abschwächungen später auf den ungefähr 7prozentigen Rückgang von Phönix, der mit ungünstigen Abschlußerwartungen begründet wurde, allgemeiner. Schiffahrtsaktien waren ziemlich behauptet. Anilinpapiere bei stärkeren Schwankungen ungleichmäßig. Bankaktien behauptet. Deutsche Bank war weiter gebessert. Goldschmidt 20 Prozent steigend. Sonst war die Kursbildung für Spezialwerte unregelmäßig. Heimische Renten waren durchgehend abbröckelnd. Oesterreichische und ungarische Renten waren nahezu umsatzlos. Später bestand Realisationsneigung; doch veränderten sich die Kurse im allgemeinen nicht sehr erheblich. Gegen Schluß erfolgte wiederum eine Befestigung, besonders im freien Verkehr in Amerikaner und Petroleumwerten, wozu auch die gute Haltung der Einheitswerte beitrug, von denen Zink und Zellulosepapiere bevorzugt waren.

Devisenkurse.

Berlin 23. September.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	949,00	951,00	909.00	911,00
Dänemark	100 Kr.	539 25	540,75	529,00	530,75
Schweden	100 Kr.	6 4.25	615.75	599 25	600,75
Norwegen	100 Kr.	584 25	585.75	584.25	585.75
Schweiz	100 Fr.	439.50	440.25	439 25	440 50
Wien, altes		36 75	37,05	36 95	37.05
Oesterreich, abgest.		36,70	36,80	37,45	37,55
Prag		77,80	78,00	77 40	77,6
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 454 50 Brief 455 50 für 100 Pesetas
Helsingfors 132,75 133.25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 23. September. Das Angebot am Hafermarkt wird immer geringer. Die Preise sind nur unbedeutend verändert. Erbsen bleiben bei geringem Angebot allseitig gesucht. Serradella liegt bei zunehmender Nachfrage fest. Der Verkehr in Heu ist gering. Für Stroh zeigt sich Nachfrage, besonders zum Häckselschneiden und für süddeutsche Papierfabriken.

Berlin, 23. September. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer: loko: 1160—1190 Mk. ab Speicher frei Wagen; loko: 1110—1160 Mk. ab Bahn. Alles per 1000 Kilogr. ab Abladestationen. Tendenz ruhig.

Zusammenschluß in der Automobilindustrie. Den Anfang zu einem Zusammenschluß haben vor kurzem drei große Automobilwerke gemacht, nämlich die Nationale Automobil-Gesellschaft, die bekannte Tochtergesellschaft der A. E. G., die Hansa-Lloyd-Werke in Bremen und die Brennaborwerke in Brandenburg a. d. Havel. Diese Werke haben sich auf Einhaltung eines bestimmten Fabrikationsprogrammes mit Karosseriebau geeinigt und gleichzeitig ihre Verkaufsorganisationen zusammengelegt, indem sie die Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken (G. D. A.) mit dem Sitz in Berlin gründeten, die im Oktober ihre Tätigkeit beginnen wird.

Verwertung der Heeresbestände in Papiergeweben. Der Verband Deutscher Jute-Industrieller und der Verband Deutscher Papiergarn-Industrieller sind mit der Faserstoff-Vertriebs-Gesellschaft in Verhandlungen getreten und haben ihrerseits zum Schutze ihrer Industrie und vor allem im Interesse einer Weiterbeschäftigung der Arbeiter die gesamten Bestände der Heeresverwaltung übernommen. Zu diesem Zwecke haben die beiden erwähnten Verbände die Allgemeine Gewebe-Verwertungsgesellschaft m. b. H. in Berlin gegründet, welche die Verwertung unter Kontrolle des Reichsverwertungsamtes durchführen wird.

Der deutsche Kupferblechverband erhöhte die Verkaufspreise um 140 auf 1279 Mk. Der Kupferrohrverband um 150 auf 1298 Mark pro 100 Kilogramm.

Der „Temps“ rät zu deutschen Warenkäufen. Auf die starke Entwertung der französischen Valuta hin rät der „Temps“ den Franzosen, in allen Ländern Waren zu kaufen, wo die französische Devise noch guten Stand hat, sogar in Deutschland, denn man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß viele aus England oder aus der Schweiz importierte Waren doch deutschen Ursprungs seien. Diese Länder würden damit den französischen Franken noch weiter entwerten. — Solche Sprache hat der „Temps“ schon lange nicht mehr geführt.

Rheinische Tapetenfabrik A.-G., Beuel a. Rhein. Der Abschluß per 31. Mai cr. weist auf Warenkonto einen Gewinn von 492 644 (298 488) Mk. aus. Unkosten beanspruchten 169 858 (82 695) Mk. Nach Abschreibungen von 106 492 (84 023) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 97 650 (4459) Mk., aus welchem eine Dividende von 10 Prozent gleich 50 000 Mk. (i. V. 0 Prozent) verteilt, 30 000 Mk. dem Reservefonds überschrieben und 17 650 (4459) Mk. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Nach der Bilanz betragen Waren und Rohstoffe 195 261 (145 834) Mk., Bankguthaben 271 139 (137 264) Mk., Effekten 120 000 (200 000) Mark und Debitoren 256 732 (190 196) Mk., denen 184 215 (81 180) Mk. Kreditoren gegenüberstehen.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 20. September. Weizen September —, Oktober —, Dezember —, Mai —. Mais September 136¾, Oktober —, Dezember 122½, Mai 120¾. Schmalz September 23,85, Oktober 23,85, Dezember —, Januar 21,15. Pork September 41,50, Oktober 33,80, Dezember —, Januar —. Rippen September 18,60, Oktober 18,57, Dezember —, Januar 17,45. Hafer September 66¼, Oktober —, Dezember 68½, Januar —.

New York, 20. September. Winter- und Sommerweizen —. Mais 165¾. Mehl —. Schmalz 24,35. Zucker —. Kaffee 15½.

Berliner Börse

vom 23. September 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½ % Dtsch. Schatzsch VI—IX	77,00
5% Dtsch. Reichsanl.	77,00
4% „ „	72,00
3½% „ „	66,50
3% „ „	64,90
4% Preuß. Konsols.	72,10
3½% „ „	65,30
3% „ „	61,90
4% Charl. Stadtanl. 89/99	96,50
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	99,80
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	100,00
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	35,25
4% Ungar. Goldrente	56,80
4% Ungar. Kronenrente	—
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	79 00
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	143,50
Allg. Lokal-Str.	127,00
Gr. Berl. Str.	120,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	885,00
Orientbahn	266,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	115,25
Hambg. Südamerika	199,50
Hansa-Dampfschiff.	264,75
Nordd. Lloyd.	116,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	164,50
Commerz-Diskontobank	132,80
Darmstädter Bank	116,25
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	249,50
Diskonto-Comm.	177,00
Dresdner Bank	148,75
Leipzig Credit-Anst.	144,00
Mitteld. Kreditbank	120,00
Mitteld. Privatbank	117,00
Nationalbank	112,50
Oesterr. Kredit	117,75
Reichsbank	159,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	262,00
Akt. f. Anilin	289,50
Allgem. Elektr. Ges.	198,00
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	198,00
Annaberger Steingut	186,50
Badische Anilin	437,00
Bergmann Elekt. Akt.	184,00
Berl. Masch.-Bau	201,00
Bismarckhütte	231,00
Bochumer Gußstahl	178,00
Chem.-Fabr. Buckau	135,00

Chem. Griesheim	237,50
Chem. Heyden	252,00
Consolidation Schalk	285,00
Gröllwitzer Papierfbk	197,50
Daimler Motoren	214,50
Deutsche Luxemburg	142,50
Deutsche Uebersee Elektr.	312,50
Deutsche Erdöl	318,00
Deutsche Gasglühl.	389,00
Deutsche Kali	219,00
Deutsche Waffen u. Mun.	213,00
Donnersmarkhütte	230,00
Döring & Lehrmann	120,25
Dürkoppwerke	330,00
Elberfelder Faber.	351,00
Felten & Guilleaume	210,00
Gasmotoren Deutz	150,00
Gebhard & Co	250,00
Gebhard & König	152,00
Gelsenkirchen Berg	175,75
Glauziger-Zuckerfbk.	272,50
Hallesche Maschfbk.	390,00
Hann. Masch.	350,00
Harpener Berg	187,75
Hasper Eisen	161,00
Hirsch Kupfer	240,00
Höchster Farbw.	345,00
Hoesch Eisen u. Stahl	211,00
Hohenlohe-Werke	113,25
Humboldt Masch.	155,00
Ilse Bergbau	345,00
Kahla Porzellan	337,00
Kaliw. Aschersleben	198,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	150,00
Lahmeyer & Co.	122,25
Lauchhammer	165,00
Laurahütte	168,00
Linke & Hofmann	300,00
Ludwig Loewe & Co.	220,25
Lothringer Hütte	160,25
Mannesmannröhren	199,50
Masch.-Fabr. Buckau	146,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	133,25
do. Caro Hag.	156,50
do. Kokswerke	215,00
Orenstein & Koppel	186,00
Phönix Berg	185,00
Rhein. Metall-Vorz.	174,00
Rhein. Stahlwaren	153,00
Riebeck. Montan	223,50
Rombacher Hütten	158,00
Rositzer Braunk.	133,37
Rositzer Zucker	165,50
Sangerhäuser Masch.	265,00
Hugo Schneider A.-G.	189,00
Schuckert & Co.	129,00
Siemens & Halske	173,50
Stettiner Cham.	204,00
Stettiner Vulkan	175,00
Stollberger Zinkh	171,75
Strals. Spielkarten	235,00
Thale-Eisenhütte	229,50
Tripus Porzellan	185,00
Türk. Tabakregie	562,00
Ver. Köln-Rottweiler	204,75
Ver. Glanzstoff	578,00
Wegelin & Hübner	159,75
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	287,00
Wittener Gußstahl	205,00
Wrede Mälzerei	135,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	297,00
Zellstoff Waldhof	191,87
Otavi-Minen.	253,50

Tendenz: schwächer.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190924017/fragment/page=0004